



Tagesordnung 1 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 02. Februar 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-25-0009

SGB II-Umsetzung aus gleichstellungspolitischer SichtAntrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 27.01.2010

Frauen werden bei der Jobvermittlung benachteiligt und profitieren seltener von Förderprogrammen als Männer. Das belegt eine Studie eines Forschungsverbunds unter Leitung des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) und weiterer Einrichtungen im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums. Das IAQ schreibt „Insbesondere Frauen in Westdeutschland und Frauen mit Kindern nehmen im Vergleich zu Männern seltener an Fördermaßnahmen teil. [...] Wie die Studie zeigt, ist jede zweite Beschäftigung, die von weiblichen Hilfebedürftigen aufgenommen wird, lediglich ein Minijob. Demgegenüber wechseln Männer häufig in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Insgesamt werden Männer sowohl stärker gefördert als auch gefordert.“

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, inwiefern die Gleichstellungspolitik, welche u.a. in Art. 3 Abs. 2 GG und § 1 Abs.1 S. 3 SGB II vorgesehen ist, in den Prozessen und Abläufen der Wiesbadener SGB II-Umsetzung berücksichtigt wird.

Beschluss Nr. 0003

Der Antrag ist angenommen.

Herrn stellv. Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010

Röck-Knüttel
Vorsitzende

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2010

Dezernat I/F in Verbindung mit Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister